



Niederschrift

39. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.04.2012
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Volker Klamke	SPD	Teilnahme bis 18:45 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Leitung der Sitzung
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	Teilnahme bis 19:45 Uhr
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	Teilnahme ab 17:40 Uhr
Herr Arndt Sändig	Die Andere	Teilnahme bis 19:50 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:00 Uhr für Frau Schummel
-------------------------	-----------	---

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten	Teilnahme ab 18:00 Uhr
Frau Kathleen Krause	SPD	
Frau Beate Kruczek	FDP	
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:55 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	
Herr Daniel Zeller	Bündnis90/Die Grünen	

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Herr Torsten Gessner BL Sport

Frau Carmen Lehmann	FB Bildung und Sport
Herr Dirk Albrecht	GB 2
Herr Michael Kroop	GB 2
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Larsen Hähle	SL OSZ I
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Frau Sigrun Hasse	WH-Ausschuss
	Sportschule Potsdam
Herr Torsten Heintz	Elternkonferenz
	Sportschule Potsdam
Herr Dr. Lutz Henrich	Stadtsportbund
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Frau Kerstin Henning	FB 21
Frau Steffi Pyanoe	PNN

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder	CDU/ANW	entschuldigt
-----------------------	---------	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Florian Engels	SPD	entschuldigt
Frau Dr. Manja Orlowski	SPD	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	entschuldigt

Schriftführer/in: Frau Wildgrube, Gudrun

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.03.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Wahl Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden
- 4 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von
Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der
Landeshauptstadt Potsdam
MV 11/SVV/0933
Prüfergebnis zu den Hinweisen in der

Sitzung am 17.01.2012, TOP 3.1

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Anpassung der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0038
Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten
 - 5.2 Zweite Änderung der Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0144
FB Bildung und Sport
 - 5.3 Aufhebung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Gebühren des Wohnheimes der Spezialschule Sport 'Friedrich Ludwig Jahn' und Beschlussfassung der Entgeltordnung für die Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung im Wohnheim der Spezialschule Sport 'Friedrich Ludwig Jahn'
Vorlage: 12/SVV/0141
FB Bildung und Sport
auch Luftschiffhafenbeirat
 - 5.4 Struktur des Oberstufenzentrums I - Technik Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0202
FB Bildung und Sport
 - 5.5 Rahmenkonzept für Stadtteilschule
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0259
GB Bildung, Kultur und Sport
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Sonstiges
 - 7.1 Aktueller Stand Ü 7-Verfahren
 - 7.2 Hygiene-, Reinigungs- und Lüftungspläne an Potsdamer Schulen
bzgl. 11/SVV/0269

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Knoblich eröffnet die Sitzung.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.03.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Frau Knoblich stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Da der Ausschussvorsitzende krank ist, schlägt sie vor, TOP 3 zurückzustellen.

Frau Dr. Schröder spricht sich dafür aus, die Wahl des Stellvertreters nicht zurückzustellen, da dies bereits in der Sitzung am 27.03.2012 der Fall war.

Frau Knoblich wertet den Redebeitrag als **Geschäftsordnungsantrag** und bittet um Rede dafür oder dagegen.

Es möchte sich niemand äußern.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass man überlegt habe die Wahl durchzuführen. Da Frau Knoblich aber selbst als Kandidatin aufgestellt ist, habe man sich entschlossen, die Wahl zurückzustellen.

Frau Knoblich lässt den Antrag von Frau Schröder abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 1

Damit wird TOP 3 der Tagesordnung zurückgestellt.

Herr Menzel möchte unter TOP Sonstiges zum Einschulungsverfahren an der Grundschule Groß Glienicke Auskunft erhalten. In der nächsten Sitzung bittet er um Information zum Thema Inklusion.

Herr Sändig bittet unter TOP Sonstiges der heutigen Sitzung um einen Sachstand zum Bolzplatz Nutheschneelstraße.

Frau Knoblich lässt zur Tagesordnung abstimmen. Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig dafür aus, entsprechend der geänderten Tagesordnung zu verfahren.

Frau Knoblich fragt, ob es Ergänzungen oder Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung vom 27.03.2012 gibt. Da das nicht der Fall ist, lässt sie den öffentlichen Teil der Niederschrift abstimmen.

Frau Knoblich gibt bekannt, dass zu TOP 5.3 ein Antrag auf Diskussionsrecht für Herrn Heintz, Elternvertreter der Sportschule, vorliegt. Diskussionsrecht könne nicht gewährt werden. Sie schlägt vor, Rederecht einzuräumen. Für Nachfragen zu TOP 5.4 steht Herr Hähle, Schulleiter des Oberstufenzentrums I, zur Verfügung.

Herr Menzel beantragt Rederecht für Dr. Henrich, Vorsitzender des Stadtsporthundes, zu TOP 5.2.

Die Ausschussmitglieder stimmen den beantragten Rederechten zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 27.03.2012 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 3 Wahl Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

**zu 4 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam
MV 11/SVV/0933**

Prüfergebnis zu den Hinweisen in der Sitzung am 17.01.2012, TOP 3.1

Frau Knoblich erklärt, dass der Ausschuss im Rahmen der Kenntnisnahme der Mitteilungsvorlage in seiner Sitzung am 17.01.2012 folgende Hinweise gegeben und um Abarbeitung gebeten hat:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob die eingesparten 63.000 € für die Subventionierung einer Geschwisterregelung eingesetzt werden können.
2. Der Rechenfehler (Senkung des Ticketpreises von 31 Cent monatlich) ist in der Mitteilungsvorlage zu korrigieren und eine Neubetrachtung anzustellen.
3. Die Verwaltung prüft, die eingesparten 63.000 € generell zur Subventionierung des Schülertickets einzusetzen.

Mit Schreiben vom 10.04.2012 liegt eine schriftliche Stellungnahme des Bereiches Beteiligungsmanagement vor, die den Ausschussmitgliedern ausgeteilt wurde. Es wurde mitgeteilt, dass kein Vertreter des Bereiches an der Sitzung teilnimmt.

Herr Szilleweit fragt, warum die Ausgleichszahlung auf einer Vereinbarung der Geschäftsbereiche 2 und 3 beruhe und auf welcher Grundlage diese statffinde. Die vorgelegte Stellungnahme zeige, dass kein Interesse bestehe am Produkt Schülerfahrtkosten weiterzuarbeiten. Es sei schade, dass der Oberbürgermeister unterschrieben habe und die Sache nicht positiver dargestellt wird.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass der Geschäftsbereich 2 bei der Vereinbarung beteiligt war. Die Preisgestaltung lag ausschließlich beim Beteiligungsmanagement und wurde von Herrn Exner schlussgezeichnet. Herr Exner machte keinen Hehl daraus, dass er es von Anfang an kritisch gesehen habe.

Frau Henning erläutert, dass die Vereinbarung zwischen den Geschäftsbereichen 2 und 3 dazu diene, dass die Berechtigten nicht schlechter gestellt werden sollen. Das Bildungs- und Teilhabepaket sehe die

Fahrtkostenerstattung nur für den Besuch der nächstgelegenen Schule vor. Die Satzung der Landeshauptstadt Potsdam ermöglicht die Erstattung für jede Schule im Stadtgebiet Potsdam, da die Fahrtkosten im Stadtgebiet (Ticket AB) gleich seien. Die Eltern stellen den Antrag im Geschäftsbereich 3. Wenn dieser dort nicht genehmigungsfähig ist, erfolgt die Erstattung durch den Geschäftsbereich 2 entsprechend der Satzung der Landeshauptstadt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Anpassung der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0038

Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten

Herr von der Osten-Sacken bringt die neue Fassung vom 21.02.2012 ein. Anliegen des Antrages sei, die Sportfördersatzung anzupassen und klare Regelungen zu finden.

Herr Wollenberg erklärt, dass man sich einig darüber sei, größtmögliche Transparenz zu erhalten. Der Antrag gehe jedoch am Thema vorbei, weil aktuelle Fälle nichts mit der Sportfördersatzung zu tun haben. Es gebe weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Sportfördersatzung, weil Sponsoring nicht über die Sportfördersatzung zu greifen sei.

Frau Dr. Magdowski erläutert, dass Sponsoring besser geregelt werden könnte. Diese Regelung wäre jedoch in der Satzung nicht optimal untergebracht.

Herr von der Osten-Sacken erklärt, dass man in Potsdam dringend klarere Verhältnisse brauche, weil es bei den Sportvereinen für Unmut Sorge.

Herr Klamke spricht sich gegen eine Änderung aus. In der Sportfördersatzung sei die Antragstellung für die Vereine klar geregelt. Er sieht keinen Handlungsbedarf für eine Änderung. Für den SV Babelsberg 03 greife die Sportfördersatzung nicht.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass Fördermittel geflossen seien, die den Profisport betreffen. Bezüglich der Förderung von Profisport müsse man sich zu einer gesonderten Regelung verständigen. Das sei jedoch nicht Thema der Sportfördersatzung.

Herr von der Osten-Sacken möchte klare Verhältnisse. Wenn diese auf einem anderen Weg zu schaffen seien, habe er nichts dagegen.

Herr Menzel unterstützt das Anliegen des Antrages ausdrücklich. Es gehe um Transparenz der Sponsoringmittel, die aus den städtischen Betrieben kommen.

Herr Wollenberg unterstützt das Anliegen, verweist aber darauf, dass die Sportfördersatzung nur die Belange des Breitensportes regelt. Dieser Teil habe immer funktioniert. Den Zuschuss städtischer Mittel könne man nicht in der Sportfördersatzung regeln. Er warnt davor, die Dinge zu vermischen, weil die Regelung der Sportfördersatzung funktioniert.

Frau Bankwitz unterstützt das Anliegen des Antrages. Man müsse die öffentliche Unterstützung des Breiten- und Leistungssports darlegen. Sie fragt, wo es geregelt werden könnte.

Frau Dr. Magdowski spricht sich dafür aus, dass die Förderung des Profisports einer gesonderten Regelung bedarf, man sollte die Regelungen für den Breitensport und den Profisport nicht zu vermischen. Die Förderung des Breitensports über die Sportfördersatzung habe sich bewährt.

Herr Menzel verweist auf das Sportfördergesetz des Landes und ist dafür die Satzung zu überarbeiten.

Frau Knoblich lässt den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4	
Ablehnung:	6	
Stimmenthaltung:	0	Der Antrag wird abgelehnt.

zu 5.2 Zweite Änderung der Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0144

FB Bildung und Sport

Dr. Henrich erklärt, dass die vorgelegten Veränderungen der Sportanlagen-Nutzungs- und Vergabeordnung mit dem Stadtsportbund abgestimmt sind. Er schlägt aber vor, auf Seite 5 Punkt 5 die Aufzählung im ersten Satz um MBS-Arena zu ergänzen und den zweiten Satz zu streichen. Begründet wird diese Änderung damit, dass die Vereine nicht in der Lage seien die Kosten von 2.000 € pauschal zu tragen. Es werde vorgeschlagen, dass die Luftschiffhafen GmbH eine Preistafel erstellt, die vom Aufsichtsrat beschlossen wird. Die Sportvereine bezahlen 10 % und können sich bestimmte Leistungen dazu kaufen.

Frau Dr. Magdowski begrüßt diesen Vorschlag.

Herr Wollenberg übernimmt den Vorschlag als **Änderungsantrag**.

Die Fassung der Synopse vom 20.04.2012 erhält im (5) auf Seite 5 folgenden Wortlaut:

Bei allen Sportveranstaltungen, Wettkämpfen oder sonstigen Nutzungen der Sportanlagen Sporthalle Heinrich-Mann-Allee, Stadion Luftschiffhafen, Leichtathletikhalle Luftschiffhafen, **MBS-Arena**, bei denen für die Veranstaltung Eintrittskarten verkauft werden, sind 10 % der Einnahmen aus den Kartenverkäufen an die Landeshauptstadt Potsdam oder an einen von ihr Beauftragten abzuführen.

~~Für die MBS-Arena incl. Der Videowand sind in diesen Fällen 20 % der Einnahmen aus Kartenverkäufen, mindestens pauschal 2.000 € an die Landeshauptstadt Potsdam oder an einen von ihr Beauftragten abzuführen.~~

Für die Nutzung der MBS-Arena können über die normale Nutzung einer Sporthalle hinausgehende Leistungen mit der Luftschiffhafen GmbH entsprechend ihrer Preistafel zusätzlich vereinbart werden.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Frau Knoblich lässt den Änderungsantrag und die geänderte Beschlussvorlage getrennt abstimmen. Abstimmungsergebnis des Änderungsantrages 10/0/0.

Es liegt ein weiterer Änderungs- Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vor, den Herr Menzel in der Sitzung am 27.03.2012 eingebracht hat. Dieser wird bei der Diskussion zu TOP 5.2 zunächst vergessen und im Verlauf der Sitzung diskutiert.

Fraktion B90/Die Grünen: Änderungs-/Ergänzungsantrag für Punkt 4:

Die Stadtverwaltung legt den Stadtverordneten zu Beginn des Schuljahres einen Bericht vor, der auflistet, welche Sportanlage in welchem Zeitumfang an welchen Nutzer vergeben wurde.

Der Bericht wird auf potsdam.de veröffentlicht und zum zweiten Schulhalbjahr aktualisiert.

Der Bericht enthält eine Nachrückerliste jener Anfragen, die nicht oder nicht im gewünschten Umfang berücksichtigt wurden und beschreibt die Kriterien, nach denen die Sportanlagen vergeben werden.

Im Laufe der Diskussion stellt sich heraus, dass die kommunalen Belegungspläne bereits online abrufbar sind.

Herr Menzel erklärt, dass sich der Antrag damit erledigt habe. Er bittet aber darum, die Schwimmhalle Luftschiffhafen noch aufzunehmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt die Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam in der Fassung vom 20.04.2012 mit folgender Änderung zu beschließen:

Die Fassung der Synopse vom 20.04.2012 erhält im (5) auf Seite 5 folgenden Wortlaut:

Bei allen Sportveranstaltungen, Wettkämpfen oder sonstigen Nutzungen der Sportanlagen Sporthalle Heinrich-Mann-Allee, Stadion Luftschiffhafen, Leichtathletikhalle Luftschiffhafen, **MBS-Arena**, bei denen für die Veranstaltung Eintrittskarten verkauft werden, sind 10 % der Einnahmen aus den Kartenverkäufen an die Landeshauptstadt Potsdam oder an einen von ihr Beauftragten abzuführen.

Für die Nutzung der MBS-Arena können über die normale Nutzung einer Sporthalle hinausgehende Leistungen mit der Luftschiffhafen GmbH entsprechend ihrer Preistafel zusätzlich vereinbart werden.

Abstimmungsergebnis DS 12/SVV/0144 mit Änderungsantrag:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1 Die Vorlage wird geändert beschlossen.

zu 5.3 Aufhebung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Gebühren des Wohnheimes der Spezialechule Sport 'Friedrich Ludwig Jahn' und

Beschlussfassung der Entgeltordnung für die Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung im Wohnheim der Spezialechule Sport 'Friedrich Ludwig Jahn'

Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0141

FB Bildung und Sport
auch Luftschiffhafenbeirat

Herr Heintz trägt die Stellungnahme der Eltern vor. Ihm sei bewusst, dass die Mietvertragspunkte nicht Bestandteil der heutigen Sitzung seien. Er bittet darum, dass folgende Punkte in der Entgeltordnung berücksichtigt werden.

1. es gibt die Situation dass 160 € im Verpflegungsvertrag enthalten sind und die Eltern wissen nicht, wie dieser Vertrag aussieht
2. Rechtsanspruch für das Wohnheim
3. Aufnahme einer Härtefallregelung in die Entgeltordnung für soziale Probleme und Eliteschüler, die bestimmte Dinge bereits über Trainingslagerbeiträge bezahlen
4. Mietverträge für eine Laufzeit entsprechend der Schulzeit.

Herr Albrecht erläutert, dass die Entgeltordnung die Kostenbeteiligung der Eltern für Unterkunft und Verpflegung regelt. Das Ministerium gestattet bis zu 200 € zu nehmen. Daraus resultieren die 160 € für Verpflegung und 40 € für die Unterkunft. Die ausführliche Darstellung ist Bestandteil der Begründung der Vorlage. Die vorliegende Entgeltordnung orientiere sich an den Entgeltordnungen der Städte Cottbus und Frankfurt/Oder. Bei der Härtefallregelung rede man über auswärtige Schüler. Für Potsdamer Schüler gibt es diese Regelung.

Frau Knoblich verweist auf die beiden Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, die in der Sitzung am 27.03.2012 eingebracht wurden.

Herr Wollenberg möchte diese noch um einen dritten Antrag ergänzen.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Frau Knoblich lässt die Änderungsanträge nacheinander abstimmen.

Fraktion DIE LINKE: Änderungs- /Ergänzungsantrag

Ergänzung in § 1 (3) als Satz 3 neu:

Diese Grundversorgung umfasst die komplette Aufenthaltsdauer im Wohnheim unabhängig vom Aufenthaltzweck und mindestens 3 Grundmahlzeiten.

Abstimmungsergebnis :

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

Dem Änderungs-/Ergänzungsantrag wird zugestimmt.

Fraktion DIE LINKE: Änderungs- /Ergänzungsantrag

(1) In § 2 wird ein Abs. 2 angefügt:

In besonderen sozialen Härtefällen kann das zu entrichtende Entgelt ermäßigt oder erlassen werden. Über Ermäßigung oder Erlass entscheidet der Fachbereich Bildung und Sport im Einvernehmen mit der Schulleitung auf Antrag nach Maßgabe der Regelungen aus der Satzung über die Kostenübernahme für das Schulessen.

Abstimmungsergebnis :
Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Dem Änderungs-/Ergänzungsantrag wird zugestimmt.

Fraktion DIE LINKE: Änderungs- /Ergänzungsantrag

(1) In § 3 Abs. 1 wird angefügt: Anspruch auf Bereitstellung der Unterkunft hat, wer Schüler der Spezialschule Sport ist.

(2) In § 3 Abs. 3 wird das Wort jährlich gestrichen und durch die Wortgruppe "für ein Schuljahr" ersetzt.

Abstimmungsergebnis :
Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Dem Änderungs-/Ergänzungsantrag wird zugestimmt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Entgeltordnung für die Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung im Wohnheim der Spezialschule Sport „Friedrich Ludwig Jahn“ mit folgenden Änderungen zu beschließen:

Ergänzung in § 1 (3) als Satz 3 neu:

Diese Grundversorgung umfasst die komplette Aufenthaltsdauer im Wohnheim unabhängig vom Aufenthaltszweck und mindestens 3 Grundmahlzeiten.

In § 2 wird ein Abs. 2 angefügt:

In besonderen sozialen Härtefällen kann das zu entrichtende Entgelt ermäßigt oder erlassen werden. Über Ermäßigung oder Erlass entscheidet der Fachbereich Bildung und Sport im Einvernehmen mit der Schulleitung auf Antrag nach Maßgabe der Regelungen aus der Satzung über die Kostenübernahme für das Schulessen.

In § 3 Abs. 1 wird angefügt:

Anspruch auf Bereitstellung der Unterkunft hat, wer Schüler der Spezialschule Sport ist.

In § 3 Abs. 3 wird das Wort jährlich gestrichen und durch die Wortgruppe "für ein Schuljahr" ersetzt.

Abstimmungsergebnis DS 12/SVV/0141 mit Änderungen:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0 Die Vorlage wird geändert beschlossen.

zu 5.4 Struktur des Oberstufenzentrums I - Technik Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0202

FB Bildung und Sport

Frau Lehmann bringt die Vorlage für die Verwaltung ein.

Herr Hähle ergänzt, dass das Oberstufenzentrum eine besondere Schulform

und in Abteilungen gegliedert ist. Für die Errichtung einer Abteilung ist eine Mindestschülerzahl von 180 Schülern erforderlich. Inzwischen hat der demografische Wandel zu einem Rückgang der Schülerzahlen des Oberstufenzentrum I geführt, so dass künftig vier Abteilungen nicht mehr gerechtfertigt sind. Dementsprechend schlägt das Staatliche Schulamt vor, die Anzahl der Abteilungen zu reduzieren. Die Schulkonferenz hat der Gliederung in drei Abteilungen zugestimmt.

Dr. Steinicke fragt, ob Berufsbilder wegfallen und ab wie viel Bewerbern eine Berufsausbildung eingestellt wird.

Herr Hähle erläutert, dass umverteilt wurde und keine Berufe wegfallen. Das kooperative Modell entfällt. Im Übrigen regelt die Landesschulbezirksverordnung für welche Berufe welches Oberstufenzentrum zuständig ist.

Frau Knoblich bittet um Abstimmung der Vorlage.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Struktur des Oberstufenzentrums I Technik Potsdam wird ab dem Schuljahr 2012/2013 wie folgt festgelegt:

Abteilung 1 mit dem Bildungsgang Berufsschule, Fachoberschule

Abteilung 2 mit dem Bildungsgang Berufsschule

Abteilung 3 mit den Bildungsgängen Berufsschule, Berufsfachschule, Fachschule

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0 Die Vorlage wird ungeändert beschlossen.

zu 5.5 Rahmenkonzept für Stadtteilschule

Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0259

GB Bildung, Kultur und Sport

Herr Kroop erklärt, dass mit der Mitteilungsvorlage ein Zwischenbericht zur künftigen Struktur der Stadtteilschule vorgelegt werde. Seit dem 04.04.2012 werde der Entwurf in breiter Form diskutiert, so dass es schon Ergänzungen gebe, die man aufgreifen werde. Zum Beispiel werde die Form und die einzelnen Schritte zur Trägerauswahl sowie die Aufgabe der Entwicklung eines Sicherheitskonzeptes mit in die Rahmenkonzeption aufgenommen werden.

Herr Wollenberg informiert, dass er eine Stellungnahme der Bürgervertretung Drewitz erhalten habe. Diese sei empört darüber, an der Ausarbeitung nicht beteiligt gewesen zu sein. Es werde die Meinung vertreten, dass das Konzept einseitig an schulischer Nutzung orientiert und der Raum für Bürgerarbeit eingegrenzt sei. Er fragt, wie dies in der weiteren Arbeit zusammengeführt werden soll.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass Schule pflichtige Aufgabe sei. Man habe die Akteure vor Ort angeschrieben und befragt. Es haben nicht alle geantwortet.

Herr Kroop erläutert, dass die Bürgervertretung die gewählte Vertretung im Rahmen des Gartenstadtprojektes Drewitz ist. Zurückweisen müsse er, dass

diese nicht beteiligt wurde. Alle Beteiligten wurden am 30.03.2012 zum Entwurf angeschrieben und zur Diskussion aufgefordert. Die Bürgervertretung habe dies bisher noch nicht wahrgenommen.

Herr Zeller informiert, dass die Kollegen des Projektladens Drewitz maßgeblich an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligt waren und dieses auch heraustragen. Er könne keinen Ausschluss erkennen. Es seien Ängste zu erkennen. Insofern plädiere er dafür, dass das Konzept wohlwollend begleitet wird und alle beteiligt werden. Problematisch sehe er die Verzahnung, wenn eine Stelle bei der Verwaltung angesiedelt werden soll.

Frau Michalske-Acioglu erklärt, dass auch im Stadtteilrat Vertreter der Bürgervertretung sitzen. Auch beim Werkstattwochenende waren Bürger vertreten. Hier handle es sich um ein Konzeptentwurf, in welchen alle Kritiken und Wünsche einfließen sollten.

Herr Kroop ergänzt, dass die Bürgervertretung vor einem halben Jahr gewählt wurde. Das Bürgeraktiv hingegen arbeite seit Jahren aktiv mit. Die Bürger in Drewitz reagieren unterschiedlich und mit verschiedenen Ansichten, weil der Stadtteil insgesamt im Umbruch sei. Er plädiert dafür, den Prozess wohlwollend zu begleiten

Frau Kruczek verweist auf die gute Zusammenarbeit von Musikschule und Grundschule am Stern.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 7 **Sonstiges**

zu 7.1 **Aktueller Stand Ü 7-Verfahren**

Herr Dörnbrack informiert, dass am 25.04.2012 der letzte Abgabetermin für die Zweitwünsche ist. Mehr als 1.200 Schüler konnten vom Übergang von Klasse 6 nach Klasse 7 untergebracht werden. 100 Schüler, davon 20 mit der Empfehlung AHR seien übrig. Den 20 Schülern werden Plätze am neuen Gymnasium in Babelsberg angeboten. Freie Plätze gebe es außerdem an der Fontane-Oberschule und an der Pierre de Coubertin Oberschule. Die Schreiben an die Eltern werden am 02.05.2012 verschickt.

Herr Menzel möchte wissen, wie die Umsetzung der 1/3 Regelung gemäß Schulgesetz Paragraph 53 Beachtung findet.

Herr Dörnbrack erklärt, dass für die Schulaufnahme die Schulleiter zuständig sind. Man gehe davon aus, dass die Gesetzlichkeit von den Schulleitern eingehalten werde. Eltern haben die Möglichkeit Widerspruch einzulegen.

Herr Wollenberg bittet um detaillierte Information dazu, für welche Schulform sich die 100 Schüler im Erst- und Zweitwunsch beworben haben. Er sieht die Frage von Herrn Menzel nicht ausreichend beantwortet.

Herr Dörnbrack schlägt vor, die Antwort nachzureichen.

Herr Menzel erklärt, dass er eine zeitnahe Auskunft erwarte.

Herr Dörnbrack informiert, dass keine Statistik geführt werde. Das Aufnahmeverfahren ist Sache der Schulleitung.

Herr Menzel meint, das Staatliche Schulamt sei angehalten einzuschreiten, wenn gesetzliche Regelungen nicht eingehalten werden. Insofern frage er sich, ob man nicht ein Disziplinarverfahren gegen das Staatliche Schulamt führen müsste.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass ein Stadtverordneter mit einem Beamten des Landes nicht so umgehen könne und verweist auf die Einhaltung des Dienstweges. Herr Dörnbrack sei nicht verpflichtet an den Sitzungen des Ausschusses für Bildung und Sport der Landeshauptstadt Potsdam teilzunehmen. Die gestellte Frage gehöre in den politischen Raum.

Herr Dörnbrack erwidert, dass hier Vermutungen und Unterstellungen geäußert werden. Man muss den Schulleitern zubilligen, dass sie ordentlich arbeiten.

Frau Knoblich bittet um Sachlichkeit und verweist auf den von Frau Dr. Magdowski vorgeschlagenen Dienstweg.

Frau Frevert unterbreitet den Vorschlag als Stadtverordneter an die Schulleiter heranzutreten.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an, die Herr Dörnbrack beantwortet.

Frau Knoblich bittet um Auskunft zum Einschulungsverfahren an der Grundschule Groß Glienicke.

Herr Dörnbrack informiert, dass er sich mit dem zuständigen Schulrat verständigt habe. Alle Grundschüler, die schulfähig sind, werden an der Grundschule vor Ort aufgenommen.

Herr Sändig fragt, ob es einen neuen Sachstand bezüglich der Haltung der Schlösserstiftung und der unteren Denkmalschutzbehörde zum Bolzplatz an der Nutheschnellstraße gibt.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass es keine neue Situation gebe. Das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen.

zu 7.2 Hygiene-, Reinigungs- und Lüftungspläne an Potsdamer Schulen bzgl. 11/SVV/0269

Frau Lehmann informiert, dass die Antwort mit der Anlage zur Beantwortung der Kleinen Anfrage übergeben wurde. Die Schulen erhielten Muster eines Reinigungs- und Desinfektionsplanes mit der Forderung einen Hygieneplan für ihre Schule zu entwickeln. Für die Hälfte aller Schulen liegen Hygienepläne vor. Durch den Bereich Gesundheits- und Veterinärwesen wurden Kontrollen an den Schulen durchgeführt. Für die Reinigungsleistungen ist der KIS verantwortlich. Ab 02.04.2012 wurden neue Verträge abgeschlossen. Es sei abzuwarten, ob sich durch die neue Ausschreibung eine Verbesserung ergibt. Lüftungspläne sind an 50 Prozent der Schulen vorhanden. Die Hygiene-, Reinigungs- und Lüftungspläne können jederzeit eingesehen werden.

Herr Menzel bedankt sich für die Beantwortung.

Herr Wollenberg möchte wissen, inwieweit die Reinigungspläne mit den tatsächlichen Erfordernissen der Schulen abgestimmt sind und wieweit der KIS die Qualitätserfüllung der vertraglichen Vereinbarung kontrolliert.

Frau Lehmann erklärt, dass die Kriterien der Leistungsbeschreibung mit ausgewählten Schulleitern besprochen wurden. In den Schulleiterberatungen im März 2012 wurde festgelegt, dass der Fachbereich Bildung und Sport nach 4 Monaten die Schulen abfragen wird, was gut lief und was nicht.

Von den Ausschussmitgliedern werden für die nächste Sitzung folgende Punkte für die Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Sachstand zum Sportplatz Hans-Sachs-Straße (Westkurve)
2. Sachstand Neubau Turnhalle am Standort Haeckelstraße

Hannelore Knoblich
Leitung der Sitzung

Gudrun Wildgrube
Schriftführerin